



Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonntag und Feiertagen nur morgens. Der Tagespreis beträgt bei freier Zustellung im Haus für Groß-Berlin 2,50 M., bei direktem Postweg ohne Bestellgebühr monatlich 2 M., bei Zustellung unter Straßband 4,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nummern der Doppelnummern für 19,3 eingetragener.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Verlagsdruckerei: Kurt Roden 2895 und 2896.

Interate sollen die abgepaßte Nonpareilgröße oder deren Raum 25 Pfl. „Mein Ungeheim“ hat 100 Wörter, jedes weitere Wort 20 Pfl. Lesungspreis 50 Pfl. Bei Familien- und Veranlassungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19.
Verlagsdruckerei: Kurt Roden 2895.

Die Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Donnerstag, den 6. Februar 1919

Nummer 65

Neue Provokationen.

Blutvergießen in Kiel.

Kiel, 5. Februar. Etwa 2000 Arbeiter, die an einer Versammlung des Spartakusbundes, des Roten Soldatenbundes und der Unabhängigen teilgenommen hatten, zogen heute mittag zum Gouverneur, um die Bewaffnung der Arbeiterschaft sowie die Einstellung der Lebensmittelzufuhr für die nach Bremen gelangene Oltene Division zu fordern. Letzteres hatte der Gouverneur bereits vorher einem Arbeiterausschuß zugesagt. Als mehrere Gruppen in eine in der Nähe liegende Kaserne eindringen wollten, gaben die Sicherheitsmannschaften Feuer, wobei eine Anzahl Personen getötet und verwundet wurde.

Kiel, 5. Februar. Bei der heutigen Schießerei in der Nähe des Hauptmannschaftsgebäudes wurden vier Zivilisten und ein Marineoffizier getötet, sowie acht Zivilisten und vier Marineleute verwundet. Im Anschluß an diese Vorgänge wurden große öffentliche Versammlungen der Arbeiterschaft abgehalten, in denen für morgen der Generalstreik beschlossen wurde.

Bremen.

Die Regierung läßt in den „Vol. Parl. Nachr.“ verkünden, daß der amtliche Telefonverkehr mit Bremen gesperrt worden sei, weil „verhölet werden soll, daß unwahre Berichte in die Welt bringen und Sensationskündigungen entlassen“.

Die Regierung wollte anscheinend jaagen, daß der private Telefonverkehr gesperrt sei, denn der amtliche Apparat arbeitet weiter und überdies ist uns — um das zufällige Wahrheitsgehalt der „Vol. Parl. Nachr.“ zu wiederholen — mit unwahren Berichten und Sensationskündigungen.

Politisch am bedeutendsten ist der Gegenstand, in den die Regierung durch ihr Vorgehen gegen Bremen zu ihren eigenen Anhängern gerät. Im Namen des Obersten Soldatenrates hat der Mehrheitssozialist Vampyl Koske die Nachricht übermittelt, daß das IX. Armeekorps gegen die Division Gerstenberg mobilisiert werden würde. Die Reichsleitung drohte darauf die strengsten Repressalien gegen die Teilnehmer einer solchen Expedition an, worauf angeblich aus „auschlaggebenden Truppenteilen“ des IX. Armeekorps Zusicherungen ihrer Ergebenheit eintrafen. Daß dadurch der Gegenstand der Hamburger Truppen zur Regierung erhoben sei, glaubt die Regierung wohl selbst nicht.

Auch die Hamburger Arbeiterschaft hat sich aufgeteilt, um in geschlossener Front der Regierung entgegenzutreten, deren Existenz mit jedem Tage mehr und mehr die Revolution gefährdet und den deutschen Sozialismus schändet. Ebenso läßt sich in Bremen die proletarische Einheitsfront gegen die verräterische Regierung zusammen. Aber nicht nur im Proletariat wächst die Entörung — auch in bürgerlichen Kreisen wendet man sich mit Ekel von einer Regierung ab, die so wie diese jeder Menschlichkeit, jedem Ehrgefühlohn bricht. Zahlreiche Privatbriefe aus Bremen beweisen uns das. Wir zitieren nur wenige Sätze aus einem Briefe vom 1. Februar, der ein treffendes Bild der Stimmung auch in politisch unbeteiligten Kreisen gibt. Es heißt da:

„Man sind auch wir durch Kasse und keine Soldaten bedroht und hoffen inbrünstig, daß sein Maß bald voll ist. Dies ist eine so unerhörte Provokation, daß daran das ganze System jedem Fort wird, der nicht ganz verrannt ist. In den bürgerlichen Blättern haben ja schon seit langer Zeit die inhumanen Behauptungen und Behauptungen, die nachher als unwahr zurückgenommen werden müssen. Das hat wohl in Berlin ein ganz falsches Bild von den Bremer Verhältnissen hervorgebracht.“

Seitlich behaupten der „Kommunist“ und die „Bremer Bürgerzeitung“ die Arbeiter ruhig zu bleiben und jede Gewalttat zu vermeiden. Aber es ist eine fast übermenschliche Forderung und wenn es gelingt, so beweist es nur, was für ein schreckliche Wille und was für eine Selbsttäuschung in den Arbeitern steckt. Man muß sich immer wieder vor ihnen hüten.“

So empfindet man in bürgerlichen Kreisen. Herr Koske aber und seine Leute haben für die Arbeiter nur Hinführung übrig.

Bremen, 5. Februar. Voemanns Telegraphisches Bureau meldet: Die Schäden, die bei den gestrigen Kämpfen an den Häusern der Stadt entstanden sind, müssen teilweise als ziemlich erheblich bezeichnet werden. Im Mittelpunkt der Stadt hat besonders die Straße stark gelitten. Die Beschädigungen des Bomben sind bereits gemeldet. Außerdem ist die Weisfront mit ihren Rosaibildern durch Kugelschläge stark in Mitleidenschaft gezogen. Auch das bekannte Haus Schilling (Handelskammer) weist verschiedene Kugelschüsse auf. Das alte historische Rathaus blieb dagegen unbeschädigt.

Ein gutes Bild der Verhältnisse bieten die Durchgangstraßen der Truppen durch die Reusicht und die Waagstraße, in denen zahlreiche Häuser und Läden durch Kugelschüsse zum Teil schwer beschädigt worden sind. Die Zusammenstöße der Läden sind fast sämtlich zerstört und ihr Inhalt zerstört oder auch teilweise geplündert. In der Reustadt erhielt die Realschule einen schweren Kugelschlag, ebenso wurde das dort befindliche Rathaus schwer mitgenommen. Die Schäden in den übrigen Stadtteilen sind weniger erheblich. Die Innenstadt gleicht am heutigen Vormittag einem offenen Feldlager. Im neuen Rathaus, in welchem der Divisionsstab und alle sonstigen militärischen Kommandeure Quartier aufgeschlagen haben, herrscht ein reges Leben und Treiben. Die Straßen um das Gebäude herum sind militärisch abgesperrt und durch Feldgeschütze gesichert. Gegen Mittag wurde ein großer Trupp von verhafteten Kommunisten durch die Stadt nach dem Polizeigebäude abgeführt. Der Straßenbahnverkehr ruht vollständig. Der Telefonverkehr war nur für militärische Gespräche erlaubt.

Bremen, 5. Februar. An die Einwohnerschaft Bremens wurde von der Division Gerstenberg folgender Aufruf erlassen:

Die Division Gerstenberg ist im Auftrage der Regierung eingedrungen. Sie hat den Oberbefehl in Bremen übernommen. Ihre Aufgabe ist es, das Leben und das Eigentum jedes feindlichen Einwohners zu schützen. Helft uns dabei! In den ersten unruhigen Tagen bleibe jeder noch Mäßigkeit zu Hause. Vermeidet Ansammlungen auf der Straße. Seht in den Soldaten der Division Eure Beschützer, deren Arbeit dem Wohle Bremens und seiner Einwohner gilt.

Unter Bezugnahme auf den Aufruf der Division Gerstenberg ist von der provisorischen Regierung der Belagerungszustand über Stadt und Landkreis Bremen verhängt.

Ebenso willkürlich und ungesetzmäßig wie die Bildung der „provisorischen Regierung“, ist die Verhängung des Belagerungszustandes über Bremen. Genfersarbeit, von Agenten der Bourgeoisie vollbracht!

Nach Bremen — Erfurt.

Der Staatssekretär Koske hat an den Soldatenrat in Erfurt telegraphiert, daß es im schroffen Widerspruch zu den Anordnungen der Reichsregierung und der Landesregierungen stünde, daß in Erfurt tausende von Gewehren an Zivilisten ausgehändigt worden sind. Dieser Vorgang trage mindestens zu einer starken Beanspruchung der Bevölkerung bei. Der Staatssekretär hat den Soldatenrat von Erfurt, der sich in mündlicher Besprechung zur Unterstützung der Regierung bereit erklärt hat, aufgefordert, die Wiederablieferung dieser zu unrecht verteilten Waffen umgehend anzuordnen. Nach Ablauf von vier Tagen erwartet die Reichsregierung Bericht über die Frage der abgelieferten Gewehre. Der Staatssekretär hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß, wenn die Entlohnung nicht zukuünftig wäre, die erforderlichen Maßnahmen beantragt werden müßten.

Wir haben nie was davon gehört, daß Koske gegen die Verteilung von Waffen an die Bürgerlichen eingekommen wäre. Er hat die Bewaffnung der Bourgeoisie vielmehr organisiert und systematisch gefördert. In allen anderen Fällen jedoch, namentlich wo es sich um Arbeiter handelt, fordert Koske vollständige Entwaffnung. So nimmt er diese Forderung jetzt als Anlaß, gegen Erfurt vorzugehen. Insbesondere genügt es dem „Arbeiter“ nicht an den Vorbeeren, die seine Weisgardisten in Bremen geklüft haben.

Das Theater an der Im.

Weimar, das stille und vertraumte, ist über Nacht zum Mittelpunkt der deutschen Republik geworden. Nach dem Willen der Volksbeauftragten, die sich den Teufel um die Einsprüche anderer Leute kümmerten, wurde die kleine Stadt an der Im Sitz der Nationalversammlung, deren Tagung heute ihren Anfang nimmt.

Mit Sad und Bad hat die Reichsregierung Berlin verlassen, das einsam trauert, während sich der Glanz und Schimmer der politischen Hauptstadt über die Ruinen der ehemals großherzoglich-sächsischen Residenz lagert. Volksbeauftragte, Volksvertreter, Abgeordnete, Adreßfamilien, Zivilisten, Diplomaten und Geistesmänner drängen sich in den engen Gassen. Um mit Goethe, dem größten Bürger Weimars, zu sprechen:

O Weimar, dir fiel ein heiliger Loos!
Wie Bethlehem in Juda, Klein und groß.

Die sozialistische Regierung hat das iugirische Recht zu dieser seiner neuen Würde erhoben, weil sie sich unter den pensionierten Geheimräten und Erzählungen an der Im sicherer wähnt als unter den Propheten an der Spree.

Aber sie hat ihrer Angst ein schillerndes Wäntelchen umgehängt. In ihren Reihen sitzt einer, der mit brutalen Machtmitteln ein literarisches Festbetium verbindet, und seiner Anregung folgend, stellt man die Ueberfiedlung an den alten Riesenhof als eine symbolische Handlung dar. Daß der Geist des neuen Deutschlands ein anderer sei als der alten, werde durch die Verlegung des Schwerpunktes aus dem Bannkreis preussischen Paradedrills in den Ort, der hehrer Menschheitsgedanken Geburtsstätte war, aller Welt überzeugend vor Augen geführt. Das Parlament, das die Grundlagen der deutschen Republik zu legen hat, soll nicht in dem mit reifigen Rittern geschmückten Park tagen, vor dem der beheimtete und schwertgürtelte Bismarck mit wildem Getier die Wache hält, sondern in Walters Hof, vor dem Schiller und Goethe in den Kranz der Unsterblichkeit greifen.

Ja, wenn die Erneuerung so einfach und so billig wäre! Leider ist sie nicht durch einen Umzug zu bewerkstelligen. Herr Koske, der Sieger von Berlin und Bremen, ist mitgezogen. Die weiße Garde mit ihren Sturmbanzen hat in Weimar ihr Banner bereits entfaltet. Die Stadt ist in weiten Umkreis militärisch umstellt, um der Regierung unwillkommene Elemente fernzuhalten. Die Volksvertretung des neuen Deutschland tagt unter Ausschluss der Öffentlichkeit, umgibt von Bajonetten, Maschinengewehren und Flammwerfern.

Wolfsdam ist nach Weimar verlegt!

Der Ortswechsel genügt nicht; der Geist Wilhelms II., Ludendorffs und Landsbergs wird auch an anderer Stelle über den Geist Goethes, Schillers und Herders triumphieren, denn die Revolution hat einzuwirken mit die staaklichen Formen, aber nicht das Wesen der Menschen und Dinge geändert.

Sie hat uns auch keine von Grund aus neue Volksvertretung gebracht. Im wesentlichen nur andere Partizipationen. Die Konservativen haben sich in deutliche nationale Volksparteiler, die Freikonservativen und Industriellen in deutsche Volksparteiler, die Zentrumslinke in christliche Volksparteiler, die Finanz- und Handelsliberalen mit ihrem intellektuellem Anhang in Demokraten verwandelt.

Das ist eine Radikalisierung der Namen, nicht mehr. Die Nationalen und Christen sind innerlich-kerkale Reaktionen geblieben, und die Demokratische Partei vertritt wie der selbige Liberalismus den deutschen Volkst, den hohlen Darm voll Futur und Hoffnung, das Gott erdarm.

Die weitere Verschäbung ist das Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen und Mandate. Aber der Unwille fällt den Mehrheitssozialisten zu, die seit dem Kriege nichts gelernt und nichts vergessen haben, und deren Führer als Führer der revolutionären Regierung eine die Gegenrevolution fördernde Politik trieben.

Sie werden sich jetzt mit den Demokraten und vielleicht auch mit den Christen an einen Block bereinen, um die Be-

Konferenz der Zentralsoldatenräte.

Ein Ultimatum des Zentralrats.

Sogleich nach Eröffnung der zehnten Vormittags-Sitzung entstand eine lebhafte Besprechung über die Kompetenzen der Konferenz. Sie wurde hervorgehoben durch den Vorsitzenden Cohen. Er brachte einige Telegramme von Truppen und Soldatenräten, die sich gegen die Verfügung richten und teilweise Posten und Güter des Militärs ausprechen, zur Verlesung. Ein Delegierter bemerkte dazu, die beste Antwort auf die Telegramme sei die Abkündigung der Verfügung. Darauf erklärt Cohen sehr erregt: Sie haben kein Recht, die Verfügung anzunehmen oder abzulehnen. Der Zentralrat verlangt, daß das legal zuständige Gremium Befehl respiziert wird. Wie weit es durchzuführen, ist eine andere Frage. Der Zentralrat ist bereit, über Verbesserungen der Verfügung mitzuberaten und darüber eine Verständigung mit Ihnen zu erzielen. Ob er aber die Verfügungen bei der Rekrutierung durchsetzen können, wisse er nicht. Erkennen Sie aber diese Grundlage unserer künftigen Beratungen nicht an, so ehnt der Zentralrat es ab, an den Verhandlungen weiter teilzunehmen.

Nach dieser Erklärung entspann sich eine stundenlange Besprechungsdebatte, in der auch Ausführungen zur Sache gemacht wurden. Stoll und Eder legten dar, daß das Gesetz nicht dem Geist und dem Beschluß des Reichstages entspreche. Scholz (4. A. R.) verlangte, daß die Verfügung bis zum Erlaß von Ausführungsbestimmungen im Einverständnis mit dem Generalkommando in den einzelnen Korpsbezirken außer Kraft gesetzt werden könne. Stoll fragt, ob es wahr sei, daß in der Sitzung vom 20. Dezember auf Einspruch Ordners und eines vertraulichen Telegramms von Hirtenburg hin, der die Befehle des Reichstages nicht anerkannte, der Zentralrat umgesehen sei.

Cohen, Kohl und Heller vom Zentralrat bestreiten dies. Sie hätten immer den gleichen Standpunkt eingenommen. Das Telegramm Hirtenburgs selbst entspreche den Tatsachen. Hirtenburg sei von der Regierung rezipiert worden. (Rufen: Richtig! Ihr habt Euch eher seinem Diktum gefügt!) Die Redner protestieren dagegen, daß durch einen Goli (Barth) in die Verhandlungen eingegriffen werde. (Wahr! Ich werde doch einem Delegierten eine schriftliche Mitteilung machen dürfen!)

Scheidemann ist der Meinung, daß der Zentralrat mit seinem Ultimatum den Soldatenräten eine Schlinge um den Hals legen wolle. Von der Regelung der Kommandogewalt könne das Schicksal des ganzen Volkes abhängen. Er beantragte eine Unterbrechung der Verhandlungen, damit die Delegierten über das Ultimatum des Zentralrats sich verständigen können. Der Antrag wird angenommen. Es tritt eine Pause von einer halben Stunde ein.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung gibt Hamburger als Vertreter des Kriegeministeriums bekannt, daß mit der Regierung in Weimar eine telefonische Verhandlung über den Vorschlag Scholz, daß die Verfügung bis zum Erlaß von Ausführungsbestimmungen in einzelnen Armeekorps außer Kraft gesetzt werden könne, angebahnt worden ist.

Die intern. Besprechung der Delegierten über das Ultimatum des Zentralrats hat zu folgendem mit 43 gegen 13 Stimmen gefaßten Beschluß geführt:

Die Konferenz lehnt es ab, über die gesetzliche Seite der Armeeverordnung, betr. Wiedereinführung der Kommandogewalt, abzuurteilen, bevor wir nicht bindende Erklärungen über die Stellung der Regierung und des Zentralrats, sowohl zu der Verordnung selbst, wie auch zu den von der Konferenz zu machenden Abänderungsvorschlägen und Ausführungsbestimmungen erhalten haben.

Der von Scholz (4. A. R.) und Steuber gestellte Antrag, der das geschwähigte Zustandkommen der neuen Bestimmungen anerkennt, blieb mit 15 Stimmen in der Minderheit.

Cohen bemerkte dazu, daß der Beschluß bei der telefonischen Verhandlung mit der Regierung berücksichtigt werden würde.

Es wird darauf in die Beratung von Abänderungsvorschlägen zu der Verfügung eingetreten. Eine Hälfte von Anträgen liegt vor. Sie bilden den Niederschlag der bisherigen Debatten und bezwecken, die Soldatenräte als mitbestimmenden Faktor der Kommandogewalt zu erhalten und zu beschützen.

Gegen 1 1/2 Uhr teilt Hamburger vom Kriegeministerium mit, daß es bisher nicht möglich war, die Regierung in Weimar telefonisch zu erreichen.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Mehrere Abänderungsanträge konnten nicht bekräftigt werden. Es wurde eine neungliedrige Kommission gewählt, die mit dem Zentralrat über die Abänderung der Verfügung auf Grund der vorliegenden Anträge verhandeln soll. Sie besteht aus: Ewers, Kremsler, Franz, K. Stoll, Sieger, Scholz und Kösch, das neunte Mitglied wird vom Zentralrat der Marine ernannt. Die Kommission soll nicht nur die Kommandogewalt, sondern auch die gesamten sieben Hamburger Punkte erledigen.

Am 12. Uhr der 10. Konferenz im Kriegeministerium teilt ein Kolloska mit, der aus je einem Vertreter der zum Reich des preussischen Kriegeministeriums gehörenden Armeekorps besteht.

Um 12 1/2 Uhr wurde die Sitzung geschlossen.

Nach Schluß der Besprechung der Zentralsoldatenräte der Armeekorps traten sämtliche Teilnehmer zu einem Reichstageskongress zusammen. Vom Kriegeministerium wohnte Hamburger der Tagung bei.

Der Kongress wird um 12 1/2 Uhr von Stoll eröffnet. Stoll und Kremsler werden als Vorsitzende und Kohl und Steuber als Schriftführer gewählt. Die Tagesordnung wird folgendermaßen festgelegt: 1. a) Die Zukunft der Soldatenräte. Referent: Ernst Däumig; b) Der Reichssoldatenrat. 2. Die Revolution und die militärischen Maßnahmen. 3. Der Grenzschutz im Osten. (Referenten: Kösch und Bechtel.) — Jedem Armeekorps werden zwei Stimmen eingeräumt.

Die Zukunft der Soldatenräte.

Ernst Däumig: Die Frage nach der Zukunft der Soldatenräte sei zwar für das Ministerium schnell beantwortet (Zuruf: Auch für den Vorwärts!), aber nicht für uns. Die Aufgaben der Soldatenräte dürften sich von einem Gesichtspunkt der Salerne betrachten werden. Redner weist einen Blick auf das alte Militärrecht, das auch am Krieges ein Teil der Schuld trage. Es dürfe nicht wiederkehren, sonst würde der Friede nur ein Wasserhahn sein. Die Soldatenräte hätten also eine hohe politische Bedeutung.

Ein großer Fehler war es, daß nicht schnell genug mit Hilfe der Soldatenräte das Heer in ein wahres Volkstheer umgewandelt worden sei. Bei richtiger Zusammenfassung der Kräfte der Soldatenräte wäre der Rückmarsch der Truppen im Westen und Osten besser organisiert worden, als durch die Offiziere. Nun werde der Versuch gemacht, aus dem Trümmerhaufen des deutschen Heeres mit Hilfe des korrupten Systems der Wehr, des Soldatenrätes, ein neues Heer zu schaffen. Hier erwachse den Soldatenräten eine wichtige Aufgabe. Unser Kampf um den Abbau des alten Militärsystems habe leider bei der Regierung nicht den gewünschten Erfolg gezeitigt. Es habe keinen günstigeren Boden für eine sozialistische Regierung, die ihre Macht auf Potsdamer Truppen und einem Leutnant von Hohenselge habe.

Der Zentralrat hätte bis zur Nationalversammlung die gesetzgeberische Macht gehabt, die Regierung zu zwingen, die Kom-

mandogewalt durchzuführen (lebhafter Zustimmung). Diese Überlegungen der Soldatenräte durchzuführen, erfordert ein Mann, der ein Machtwort hat. Dazu ist der aller notwendigste, daß die Soldatenräte sich solidarisch fühlen. (Zuruf: Wir sind uns einig.) Sie müßten mit ihren Kameraden in Fühlung bleiben. (Stürmische Zustimmung.) Sie müßten sich Institutionen schaffen, die alle Soldatenräte zusammenfassen, von denen ein einheitlicher Befehl ausgeht. Die Voraussetzungen für den Aufbau eines neuen Heeres könne nur in Gemeinschaft mit den Offizieren erfolgen. An die Arbeiterräte müßten die Soldatenräte sich anlehnen. Daraus notwendig sei eine Reichskonferenz der A. und S. Räte (Starker Beifall.)

Der Vorsitzende gibt die telefonische

Antwort der Regierung in Weimar

bekannt: Sie lautet:

Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß Wünsche nach Klärung der Verordnung, betr. vorläufige Regelung der Kommandogewalt, wo Zweifel auftreten, Rechnung getragen werden soll, ebenso, daß Beschwerden über Ausführung im Einzelfalle gebräut werden. Der Erlaß späterer Ausführungsbestimmungen, wo sie nötig werden, werden die Ansichten der Soldatenräte mit herangezogen werden.

Was die Kommission, die der Zentralrat sich zur Unterstützung einberufen will, betrifft, so wird die Auswahl auch dieser Kommission mit in Betracht gezogen werden.

Der Beginn der Ausführung der Verordnung, für die in Ziffer 5 ja Spielraum gegeben ist, kann aber nicht dadurch verhindert werden, daß an einzelnen Punkten Zweifel aufsteilen. Dem Wunsche, die Verfügung ganz auszusetzen, bis Ausführungsbestimmungen gegeben sind, kann nicht stattgegeben werden.

Was die Verordnung eines Landesoldatenrats an das Kriegsministerium betrifft, so ist dies eine Frage von so weittragender Bedeutung, daß die Verantwortung Sache der Regierung und der Volkserziehung ist.

Die Verlesung der Antwort wird teilweise mit Gelächter aufgenommen. Scholz (5. A. R.) begründet darauf die Notwendigkeit eines Reichssoldatenrats. Er soll eine Zentralarbeitsstelle für alle Kameraden sein.

Dann erklärt der frühere Volksbeauftragte Barth das Wort. Er schildert in längerer Rede die politischen Gegensätze, die zu seinerzeit in der Regierung bestanden haben. Ober, Scheidemann und Landsberg hätten offen erklärt, daß ihre Macht sich nicht auf das Vertrauen der Masse, sondern auf die Militärgewalt stützen müsse. Alle Bemühungen der Mitglieder der A. S. B. in der Regierung, die Demobilisierung des Heeres durchzuführen, mit den östlichen Völkern zu einer Verständigung zu kommen und ein wirkliches Volkstheer zu schaffen, seien an dem Widerstand der Ober, Scheidemann und Landsberg, Landsberg sei der Repräsentant des deutschen Volkes. Der Grenzschutz im Osten sei ein gemeinsames Verbrechen am deutschen Volke. (Lebhafter Beifall.)

Der Zentralrat sei bereits 24 Stunden nach ihrer Wahl seine Arbeit zu tun. Die Beschlüsse des Reichstages seien ausgeführt, weil ein General mit der Stirn gerungen habe. Barth gibt dann eine ausführliche Darstellung der Berliner Vorgänge am 6. und 24. Dezember, die mit sponnder Aufmerksamkeits angenommen wurde. — Darauf wurde die Verhandlung auf Donnerstag, früh 9 Uhr, vertagt.

Die Prozesse in Monab.

Im Spatellus-Prozess wurde gestern vormittag vor der achten Strafkammer des Landgerichts I gegen Eilers und Genossen verhandelt. Bei den Angeklagten Eilers, Hochsieder und Platz handelt es sich um junge Leute, die, nachdem sie in Hamburg, Schlesien und Berlin vergeblich um Beschäftigung sich bemüht hatten, in Berlin sich von revolutionären Soldaten haben anwerben lassen, um bei der Verlegung des Ruffe-Gebäudes Verwendung zu finden.

Während bei diesen politischen Momenten ganz außer Betracht blieben, traten bei der Vernehmung des Angeklagten Steinke über politische Erwägungen wieder in den Vordergrund. Der Angeklagte — ein Student der Rechtswissenschaft, dessen fortgeschrittener Vater Sozialist gewesen ist — hat sich schon an der ersten Revolution am 9. November beteiligt und hielt nach der Politik der Ober-Scheidemann den Ausdruck einer zweiten Revolution für sicher. Als dann am Abend des 6. Januar durch die revolutionäre Arbeiterschaft die Zeitungsbetriebe besetzt wurden, stellte er sich dem roten Soldatenband und zur Verfügung, mo er mit Aufbruch verlegen, am Mittwoch der Ruffe-Verlegung überwiesen wurde. Er legte vor Gericht ausdrücklich Wert darauf, daß er auch mit der Waffe für seine Ueberzeugung kämpfen wollte, die Ruffe-Verlegung aber keine geistigen Aufgaben ausübend, im mit Bureauarbeiten beschäftigt.

Nachdem das „Bomben“-Gebäude von Regierungstruppen gesichert war, hat der Angeklagte keine ganze Kraft dafür eingesetzt — u. a. auch durch persönliche Rücksprache mit Eichhorn —, einen Abbruch der Kämpfe zu erzielen. Sonnabend mit- und wurden auch Verhandlungen mit der Kommandantur eingeleitet, deren endliches Ergebnis ein Waffenstillstand bis Sonntag früh 8 Uhr war. Der bekannte Vertrag, der von Ober und Scheidemann mitunterzeichnet war, sah ausdrücklich Straffreiheit vor, für den Fall der freiwilligen Abergabe der besetzten Gebäude. Der Angeklagte hat sich vergeblich in der Reichshaus ei bemüht, den von Lenin an Bachmann überbrachten Vertrag wieder zurückzubekommen.

Nachdem der gesamten Verteidigung stellt darauf Dr. Weinberg den Antrag, die Volksbeauftragten Ober, Scheidemann und Leinwandmann als Zeugen zu laden. Es handelt sich nach den Aussagen des Angeklagten um eine Amnestie für einen bestimmten Fall, für die der Erlaß eines besonderen Gesetzes unter den damaligen Verhältnissen nicht nötig war. Das Verbot wäre somit einzuziehen.

Der Staatsanwalt zieht zum Vergleich den Fall in der Schauffstraße an, wo die Regierung nach der Einsetzung einer Untersuchungskommission eine diebstahlartige reichsgesetzliche Verordnung erlassen hat. Dr. Weinberg, der selbst dieser Kommission angehört, widerspricht dieser Analogie zwischen den beiden Fällen, für eine solche spezielle Amnestie genügt das amtliche gestempelte und handschriftlich unterschriebene Dokument. — Das Gericht lehnt nach kurzer Beratung den Wiederantrag der Verteidigung als unzulässig ab. Ebenso wird abgelehnt die Kommandanten Ruffe und Kuffert zu laden, die durch Unterschrift eines anderen Vertrages die Ruffe-Verlegung zum Waffentragen ausdrücklich befragt hatten. Es wird in die Beweisaufnahme eingetreten, in der die Angeklagten Martin und Fabricius des Berliner Tageblattes Angaben machen über den Zustand in Ruffe-Gebäude. — Der Staatsanwalt kommt darauf in seinem Plädoyer zu dem Ergebnis, daß sämtliche Angeklagten für schuldig zu befinden sind. Steinke aber sei moralisch am meisten belastet, es sei zu erwähnen, ob er als Abwehrführer nicht vor das Schöffengericht zu stellen sei. Er scheint sich aber doch hauptsächlich nur als Schreiber und Ordner beschäftigt zu haben. Nach den Reden der Verteidiger Dr. Weinberg und Justizrat Tuchsolski, nahm der Angeklagte Steinke wieder noch einmal das Wort, nicht um mildernde Umstände zu erwidern, sondern um die Herren Richter darauf hinzuweisen, daß wir an einer Zeitwende stehen, wie sie die Welt nicht mehr gesehen hat. Schon nach neun Jahren wird der Strafrecht ganz anders aussehen wie heute. Die Gesetze sind immer erst der Ausfluß des kulturellen Geistes, also wandelbar.

Das Urteil lautet bei Eilers und Hochsieder auf je 9 Monate, bei Platz auf 6 Monate und bei Steinke auf 1 Jahr Gefängnis.

Stellungnahme zum Parteitag und zur Stadtverordnetenwahl.

3. Kreis.

Die in der letzten Generalversammlung des 3. Kreises abgebrochene Diskussion über den bevorstehenden Parteitag wurde am Dienstag abend fortgesetzt. Als erster Diskussionsredner hemmungslos Gerolf Ciersdorf, Laß das Rätselraten in der sozialistischen Presse nicht die Bedeutung findet, die es verdient. Der Parteitag fällt hier die Aufgabe zu, eine Änderung herbeizuführen. Er unterbreitet der Versammlung folgende Resolution zur Berücksichtigung bei der weiteren Diskussion:

„Statt durch eine glatte, sozialistische Politik die Früchte der Revolution auszubauen und zu sichern, führt die Politik der Volksbeauftragten und des Zentralrats die kapitalistisch-militärischen, konterrevolutionären Elemente. Im Namen der Demokratie befragt die sozialistische Regierung die Weisheit des kapitalistischen Bürgerturns und führt das eigene Proletariat in das namenlos blutige Land eines Bürgerkriegs.“

Nach dem Fortbestehen und der Auslassung des Rätselratens gibt die einzige Gewähr für ein friedliches Weiterarbeiten der proletarischen Revolution. Darum beauftragen wir die Delegierten des 3. Berliner Wahlkreises in diesem Sinne auf dem Parteitag zu arbeiten, dem revolutionären Proletariat zum Segen und dem Sozialismus zum Siege.“

Genosse Krieger polemisiert gegen die sozialistischen Richtlinien, wobei er ebenfalls die Bedeutung des Rätselratens hervorhebt. Heide wendet sich gegen die Einigungsbestrebungen, die nur zu einer Verwässerung unserer Bewegung führen, während im Gegensatz hierzu Garndt mit Begeisterung schreit, daß die älteren Parteigenossen auf dem Boden der Einigung liegen. Wenn wir auch mit einem großen Teil der mehrheitlich sozialistischen Führer nicht zusammengehen können, so brauchen wir doch ein gesichertes Proletariat, um all die großen Aufgaben zu erfüllen, die unserer Zeit harren. — Wie zeigte an einem Beispiel in der A. W. Sp. an, wie man praktisch die Sozialisierung in die Hand nehmen könne. Es werden dort in der Zettlerei Aktenzeichen, Schulungen usw. viel billiger hergestellt, als sie die Privatindustrie liefern könne. Bei der Gelegenheit trete die Parteimehrheit der Regierung für die Unternehmerrücktritt dröhnend in Erscheinung, während sie mit den Arbeiterräten nicht verhandeln will. — Sachverhalte vom Parteitag eine glatte Politik. Der Weg des Kompromisses kann nur zum Sozialismus führen. — Im selben Sinne sprechen noch die Genossen Heine mann, Schiller und Schweikardt.

Die oben angeführte Resolution an Ciersdorf fand einstimmige Annahme. — Als Delegierte zum Parteitag wurden gewählt die Genossen Schweikardt und Budde, als Ersatzmann Schiller.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung erhaltete der Vorsitzende, Genosse Schweikardt, Bericht über die Verhandlungen im Rathaus über ein eventuelles Zusammengehen mit den Reichssozialisten bei den Stadtverordnetenwahlen, die zu einem negativen Resultat geführt haben. Die Frage der Zusammengehens, die den Diskussionen zur Erwägung überlassen wurde, ist von der Funktionärskonferenz des 3. Kreises abschließend beschlossen worden. Folgende zehn Genossen verabschiedeten sich auf der Verbandsgeneralversammlung am Sonntag als Stadtverordnetenandidaten vom 3. Kreis in Berlin gedruckt werden: Schweikardt, Dr. Badel, Heide, Frau Knappe, Michailowitsch, Ginge, Gadsbach, Schiller, Gert, Frau Kaus.

Groß-Berlin.

Der Unfallverletzte.

Sie sind in wirklich schlechter Lage, die Unfallverletzten, die Rentenbegierigen, die in der Hauptsache auf die kleine Rente angewiesen sind. Solange großer Mangel an Arbeitskräften war, fand auch der Unfallverletzte Verwendung und Verdienst, wenn er nur einigermaßen sich belästigen konnte. Jetzt ist das anders geworden. Die Zahl der Arbeiter, die ihre ganzen Gliedmaßen noch behalten haben und die ohne Arbeit sind, wächst sich. Teilweise Erwerbsfähige braucht man nicht mehr, man verweist diese auf die Amole Rente. Dabei bleibt es nicht. Während des Krieges sind auch die Berufsangehörigen nicht untätig geblieben. Sie haben nach wie vor durch ihre Vertrauenswürdigkeit die Unfallverletzten gepöppelt und versucht, die Renten zu drücken. Mancher hat das hingeworfen und sich gegen Abzüge nicht so gewehrt, wie er das hätte tun müssen, weil er ja noch ein Nebenkommen hatte. Jetzt rächt sich das, zumal die Renten auf ihren Stand stehen bleiben, obwohl das Geld im Werte sank. Die Berufsangehörigen möchten gute Geschäfte. In die Opfer dachte man nicht. Und nun stehen die Opfer, die auf dem Schlachtfeld der Arbeit ihre Glieder hergeben mußten, da und stehen dabei, wie man sich ihrer annimmt. Eine gründliche Verbesserung des Loses der Unfallverletzten ist dringend erforderlich. Die Berufsangehörigen sind auch in der Lage dazu, wenn sie genötigt werden. Und das muß unter allen Umständen geschehen.

Kommunale Arbeiter-Räte!

Die Ballversammlung der Arbeiterräte der dem Bundverband Groß-Berlin angehörenden Gemeinden sowie der Gemeinden der Kreise Teltow und Niederbarnim findet statt am Freitag, den 7. Februar 1919, nachm. 2 Uhr, in Boelers Festsaal, Berlin NO. 18, Wobeserstr. 17.

Tagesordnung: 1. Bericht der Renner-Kommission, 2. die weitere Tätigkeit der kommunalen Arbeiterräte, 3. Diskussion.

Als Delegation gelten die von uns bereits früher ausgeteilten weißen Karteikarten.

Der Volkswacht

des Arbeiter- und Soldatenrates Groß-Berlin.

Die weiße Garde in Marimbereitschaft.

Western wurde wieder einmal ein Aufschrei der Entrüstung ertönt. Aus welchen Anzeichen die Regierung diese Köhler begehrt hat, mögen die Offiziere wissen. Jedenfalls war nirgendwo das geringste zu spüren, was darauf zeugen konnte. Wie mehr machte sich jedoch das gewohnte Bild aus den Tagungstagen in der mittleren Stadt bemerkbar. Majingewehre waren angefahren und laudiert, die Mannschaften mit Stabshelmen fanden bei ihren Geschützen, um jederzeit eingreifen zu können. Namentlich die Infanteriestrassen von den großen industriellen Betrieben waren demart militärisch geordnet, aber auch Dampf-Eisenbahnen, wie z. B. die Potsdamer Straße nahe der Köpenicker Straße, waren mehrere Maschinengewehre aufgestellt, die den ganzen Straßenraum beherrschten. Aber der innere Feld lag nicht. Verwundert betrachteten die Vorübergehenden das militärische Schauspiel, und mander von ihnen dachte wohl oder irrtümlich es auch an: Genau wie früher. Nein, früher war es nicht halb so schlimm.

